

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntagabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 30. März 1905.

№ 37.

Achtung! Bestellungen auf das II. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

„Reisezwang“.

Ein Wort zur Generalversammlung.

Nur eine kurze Spanne Zeit trennt uns noch von dem Augenblicke, in welchem unsere Vertreter aus allen Gauen Deutschlands zusammentreten werden, um über das Wohl unsers Verbandes zu raten und zu taten. Groß ist die Zahl der Wünsche und Forderungen, deren Beratung mit mehr oder weniger Berechtigung unsere Vertreter für einige Tage ein gut Teil Arbeit aufbürdet. So ist denn auch in weiten Kollegenkreisen der Wunsch laut geworden, die Generalversammlung möge „den Reisezwang nach Möglichkeit einschränken“.

„Reisezwang“? wird mancher verwundert fragen; ja, wo besteht denn bei uns ein Reisezwang? Das Statut enthält doch einen Passus, der sich auf dazugehörigen Zwang bezieht, überhaupt nicht! Nein, ganz richtig, das Statut schreibt niemand vor, „Du mußt auf die Reise gehen!“ Und dennoch behauptete ich, daß ein Reisezwang besteht.

Wer in der Wahl seiner Eltern vorzüglich gewesen, dafür gesorgt, daß ihm nach vollendeter Lehrzeit der Geldbeutel des Herrn Papa oder der Frau Mama zur Verfügung steht, für den freilich wird ein Zwang, die Landstraße zu betreten, nicht bestehen; aber wie viele sind das unter uns? Die Sache liegt doch heute so, daß der junge Kollege, nachdem er vier oder gar fünf Jahre ausgebildet wurde, einem neuen Lehrlinge den Platz räumen muß. Er geht „auf die Walze“ — er muß gehen, da ihn am Orte niemand unterstützt, ja diejenigen, auf die er allenfalls noch rechnen könnte, selbst unterstützungsbedürftig sind. Wenn es hoch kommt, erreicht er gerade noch sechs Wochen Arbeit, um die Reiseunterstützung vom Verbands zu erhalten. Und dann? Nun, dann mag er gehen, sich anderswo Arbeit suchen; von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, „wie wir's auch gemacht haben.“ Wer so sagt, der überhört aber, daß seit der Zeit, „wo wir's auch so machten“, die Verhältnisse sich gründlich geändert haben, und wollen wir zugeben, daß „einst“ nicht „heute“ ist, so müssen wir suchen, uns dem Heute anzupassen.

Bei der heutigen Arbeiterproduktion an Arbeitskräften ist es zweifellos eine bedeutend schwieriger, auf der Reise Arbeit zu erhalten als in früheren Zeiten, zumal die paritätischen Arbeitsnachweise, die sich ja erfreulicherweise mehr und mehr einbürgern, ihre ausgleichende Tätigkeit schon heute, wenn auch noch in geringem Maße, fühlbar machen. Ist man doch in einigen Städten schon dahin gekommen, das Umschauen überhaupt zu verbieten; ja in Stettin wollte man sogar die Reisenden davon ausschließen (was freilich wieder zurückgenommen werden mußte). Man sieht also, der Gedanke der Arbeitsnachweise vertieft sich, greift mehr und mehr um sich — und das ist gut, wenn man ihnen irgendwelche Bedeutung beimessen soll.

Aber welchen Nutzen hat denn die sogenannte „Walze“ überhaupt? Ich will zugeben, daß die Reise auf denjenigen anregend und fördernd wirken kann, der sie freiwillig unternimmt; er lernt Land und Leute, andere Sitten und Gebräuche, andere Arbeitsmethoden kennen. Wie aber, wenn sich der Kollege gezwungen von Ort zu Ort schleppert, oft in ziemlich zweifelhafter Gesellschaft das öde, dumpfe Pennenleben, die verschiedenen „Knacker“, „Kauscher“ usw. „genießen“ muß und schließlich doch keine Arbeit bekommt! Ich habe selbst mehrere Jahre das Vergnügen gehabt, die Freuden und Leiden des Kundenlebens im In- und Auslande eingehend zu studieren und bezweifle, daß sie fördernd in physischer und moralischer Beziehung auf den davon Betroffenen einwirken. Manah einer ging uns dadurch verloren, manah einer dabei zugrunde. Bei den verheirateten Kollegen sind die Folgen des Reisezwanges noch schlimmer; ich will es mir jedoch ersparen, die düsteren Bilder zu malen, die sich einem bei der Betrachtung dieses Kapitels recht häufig aufdrängen.

Alle diese wandernden Kollegen sind auch meist auf längere Zeit dem Vereinsleben entzogen, und es wird gewiß niemand behaupten wollen, daß dies dem Verbands förderlich sei.

Welche Gründe werden nun gegen die Verminderung des Reisezwanges geltend gemacht? Da sind erstens einmal die Kosten. Man sagt, es würde ein gewaltiges Mehr an Unterstützungsstellen herauskommen. Warum, wenn man den Kollegen die heutige Reiseunterstützung am Orte zahlen würde? Weil viele, so sagt man, die heute wohl auf der Reise bezugsberechtigt wären, dennoch am Orte bleiben, also keine Unterstützung erhalten. Mit Verlaub, diese Rechnung halte ich für elende Bettelei und unsrer großen Gewerkschaft durchaus unwürdig. Also daran wird „gespart“, daß einige Kollegen das Leben auf der Landstraße verabsäumen — das ist gewiß kein idealer Weg, brav zu wirtschaften und gute Abschlässe zu erzielen. Auch könnte man meines Erachtens zwischen den Karenzen von 150 bis 750 Wochen ganz gut eine solche von 300 oder 500 einschleichen. Es ist doch ein etwas riesiger Sprung von 150 bis 750 und gewiß nicht schön, wenn ein Familienvater mit 500 Wochenbeiträgen, falls er in 20 Wochen keine Arbeit erhalten sollte, auf die Landstraße geschickt wird. Es wird dies doch meist ältere, verheiratete Leute betreffen, bei denen sich eine Abneigung gegen die „Walze“ recht wohl begreifen und verstehen läßt. Ich will gern zugeben, daß die Kosten für eine Verbesserung unsers Unterstützungswezens in diesem Sinne nicht ganz unbedeutende sein werden, glaube aber, daß sie im Interesse der guten Sache aufgebracht werden können. Die Früchte würden sicherlich gute sein und der Segen dieser Verbesserung bald erkannt werden; aber wer nicht säet, der kann auch nicht ernten!

Ein weiterer, oft gemachter Einwurf ist der: „Die Großstädte werden dadurch überbevölkert.“ Ich bin in dieser Beziehung nicht ganz so pessimistisch, denn dieser Einwurf ist von gewisser Seite eben noch bei jeder Verbesserung unsers Unterstützungswezens, ja zum Teile sogar bei Einführung der paritätischen Arbeitsnachweise gemacht worden. Da wir diese letzteren nun doch schon haben, so ließe sich vielleicht eine Zentralisation derselben bewerkstelligen, deren Früchte sich natürlich auch über die Provinzen erstrecken müßten. Auf diese Weise ließe sich der viel gefürchteten „Ueberbevölkerung“ der Großstädte gewiß wirksam entgegenwirken. Und weshalb sollten denn die Kollegen ihnen in der Provinz angebotene Konditionen nicht annehmen? Wie ist es denn übrigens: man fürchtet die Ueberbevölkerung der Großstädte, in denen eine Einführung des Tarifes doch sicher leichter zu bewerkstelligen ist als in der Provinz — niemand aber spricht von einer „Ueberbevölkerung“ der letzteren und doch ist das tägliche Durchwandern vieler Kleinstädte von 3, 5 oder gar 10 Kollegen, wie es in manchen Gegenden der Fall ist, im Grunde nichts anderes als eine „Ueberbevölkerung“, wenigstens der Effekt ist der gleiche. Es wäre sicher nicht von Schaden, wenn nicht gleich jedem Provinzkranker, der infolge augenblicklicher Arbeitsüberhäufung den Tarif „anerkennt“, um ihn kurze Zeit darauf zu ignorieren, die Hufe voll Kunstjünger gelaufen kommt. Also auch hier würde durch die angeregte Maßnahme etwas Ersprießliches erzielt werden können.

Wenn nun schon infolge der großen Schwierigkeiten, auf die jede beratige Venerierung und Verbesserung führt, ganze Arbeit auf der diesjährigen Generalversammlung nicht gemacht werden kann, das heißt eine Beseitigung des Reisezwanges überhaupt nicht zu erreichen ist, so möchte ich doch zu bedenken geben, daß es unklug wäre, jede Verbesserung von der Hand zu weisen und die diesbezüglichen Anträge einfach in den Papierkorb wandern zu lassen. Sie würden wiederkommen, da sie von der Notwendigkeit diktiert sind. Und sollte es nicht besser sein, mit dem heute schon anzufangen, was wir in einigen Jahren doch tun müssen — vielmehr unter viel schwierigeren Umständen!

Mögen die Kollegen Deutschlands ihre Vertreter beizeiten dahin instruieren, daß sie dem Antrage: „den Reisezwang nach Möglichkeit einzuschränken“, ihre Unterstützung nicht verweigern.

Kniggsberg i. Pr.

S. Mittwoch.

Versteuerung unsers Verbandsbeitrages!

Es sind schon sehr viele Anträge für die Generalversammlung eingegangen, aber einen, die Versteuerung unsers Verbandsbeitrages betreffenden, vermisse ich. Wenn man zur Einschätzung vor die Steuerbehörde geladen wird und macht geltend, daß man jährlich etwa 100 Mk. Verbandsbeitrag zahlen muß, so wird mit einem Nachsehen geantwortet. Seht, mit dem 1. April, kommt die Zeit wieder, wo mancher Kollege diese Erfahrung machen kann. Könnte die Generalversammlung nicht veranlassen, daß eine Eingabe an die obersten Steuerbehörden gemacht würde, daß unser Verbandsbeitrag bei der Einschätzung ebenfalls wie die Beiträge zur Alters- und Invalidenversicherung in Abzug gebracht wird? Das wäre meines Erachtens nur gerecht, denn man sieht es an anderen Arbeitern, die keiner Organisation mit solchen Rasseinrichtungen angehören und Frau und Kinder zu ernähren haben, wie sich Kommune und Staat darum kümmern müssen, um selbige bei Arbeitslosigkeit und Krankheit über Wasser zu halten. Das ist aber bei unseren Verbandsmitgliedern beinahe gänzlich ausgeschlossen.

Ulm a. d. D.

H.

Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen.

Das Heilverfahren bei den Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung.

Auf Grund der §§ 18 bis 23 des Invalidenversicherungs-Gesetzes haben die Träger der Invalidenversicherung im Falle der Erkrankung eines Versicherten, sofern Invalidität als Folge der Krankheit zu befürchten ist, das Recht — eine gesetzliche Verpflichtung zur Heilbehandlung besteht nicht — das Heilverfahren zu übernehmen. Sie sind ferner nach § 47 des Gesetzes befugt, Heilversuche mit bereits im Genusse einer Invalidenrente befindlichen Personen anzustellen, wenn nach Lage des Falles zu erhoffen ist, daß dadurch die Invalidität gehoben werden wird. Dabei bleibt es ihrem Ermessen überlassen, in welcher Höhe und für welche Zeitdauer sie die Kosten der Heilbehandlung im Einzelfalle tragen wollen. Es steht ihnen frei, die Kranken in Krankenhäusern, in Heilanstalten für Lungentranke oder Luftkurorten, in Genesungsheimen, Resorvalenzstellenanstalten, in Bädern aller Art oder in Privatpflege unterzubringen. Um indessen Doppelleistungen zu vermeiden, hat das Gesetz alle Pflichten der Krankenkassen den Mitgliedern gegenüber, soweit sie der Heilbehandlung teilhaftig werden, den Versicherungsanstalten übertragen. Dafür haben die Krankenkassen Ersatz in Höhe desjenigen Krankengeldes zu leisten, welches die Versicherten von den Krankenkassen für sich beanpruchen dürfen. Ferner legt das Gesetz den Versicherungsanstalten die Verpflichtung auf, während des Heilverfahrens für solche Angehörige des Kranken, deren Unterhalt dieser bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, eine bestimmte Angehörigenunterstützung zu zahlen, und zwar selbst dann, wenn der Kranke der gesetzlichen Krankenversicherung nicht unterliegt. Endlich haben die Versicherungsanstalten das Recht, den gesetzlichen Mindestbetrag der Angehörigenunterstützung, d. i. die Hälfte des Krankengeldes bei Krankenkassenmitgliedern, ein Viertel des Angehörtums bei anderen Versicherten, mit Genehmigung des Bundesrates zu erhöhen.

Nach einer vom Reichsversicherungsamt Ende 1904 herausgegebenen Statistik sind in den Jahren 1899 bis 1903 bei allen Versicherungsanstalten in Heilbehandlung genommen worden:

im Jahre	1899	20039	Personen
„	1900	27 427	„
„	1901	32 710	„
„	1902	35 940	„
„	1903	43 593	„

Hiervon sind 46,27 Prozent aller Behandelten des Jahres 1903 wegen Lungentuberkulose, 53,73 Prozent wegen anderer Krankheiten als Lungentuberkulose behandelt worden, davon unter den Lungentuberkulösen 99,89 Prozent, unter den sonstigen Kranken 83,81 Prozent ständig und 0,11 bzw. 16,19 Prozent nichtständig. Nach einer für die Jahre 1895 bis Ende 1899 im Reichs-

versicherungssamte bearbeiteten, insgesamt 815 089 Rentenempfänger umfassenden Statistik der Invaliditätsursachen nimmt von 28 verschiedenen Invaliditätsursachen die Tuberkulose der Lungen bei Männern die dritte, bei Frauen die zweite Stelle ein. Es leidet von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen, die bis zum Alter von 35 Jahren invalide wurden, mehr als die Hälfte (im Alter von 20 bis 24 Jahren sogar beinahe zwei Drittel) an Lungentuberkulose; ebenso ungünstig ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängern der gleichen Berufsgruppen im Alter von 20 bis 24 Jahren, während in den Altern von 25 bis 29 Jahren bei nahezu der Hälfte (47 Prozent), und in den Altern von 30 bis 34 Jahren noch bei 37 Prozent aller invaliden Frauen aus diesen Berufsgruppen die Invalidität auf Lungentuberkulose zurückzuführen ist. Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft werden zwar seltener infolge dieser Krankheit invalide; immerhin entfallen mehr als 37 Tuberkulose auf 100 männliche Rentenempfänger der ländlichen Berufe im Alter von 20 bis 24 Jahren. Für die Versicherten im Handel und Verkehr stellt sich bei invaliden Männern im Alter von 20 bis 30 Jahren das Verhältnis so, daß mehr als die Hälfte aller Invaliditätsfälle auf Lungentuberkulose beruht, während mindestens der vierte Teil aller 20 bis 30 Jahre alten invaliden Frauen aus häuslichen Diensten tuberkulös ist.

Vorstehende Zahlen liefern den deutlichsten Beweis, daß die Lebenshaltung der Arbeiter meistens eine sehr schlechte ist. Lange Arbeitszeit, ungenügende Ernährung, ungesunde Wohnungen, Mitarbeit der Frauen und Kinder usw., alles dies trägt dazu bei, daß die Tuberkulose immer weiter um sich greift. Bedauerlich ist das, wenn man im Anschluß an die letzten Reichstagsdebatten (beim Etat des Reichsanwalts des Innern) in bürgerlichen Kreisen jetzt u. a. lesen muß: „Unsre sozialpolitische Versicherung ist zu teuer geworden, die Verwaltung wird zu kostspielig, und die Praxis hat manche Erscheinungen (wie das Simultanerweisen bei den Krankentagen) klar gestellt, die recht unerfreulich sind. Die Gesamtkosten müssen herabgedrückt, das ganze Versicherungswesen muß billiger werden.“

Was geben denn nun aber eigentlich die Arbeitgeber für das ganze Versicherungswesen aus? Zur Unfallversicherung müssen die Arbeitgeber die gesamten Beiträge zahlen, zur Invalidenversicherung zahlen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte des Beitrages und zur Krankenversicherung zahlt der Arbeitgeber ein Drittel, der Arbeitnehmer zwei Drittel des Beitrages. Arbeiter, welche einer den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden freien Hilfskasse nur allein angehören, zahlen hierzu den Beitrag allein. Demnach werden die Arbeitgeber und Arbeitnehmer für alle drei Versicherungszweige wie folgt belastet:

	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Unfallversicherung	6,08 Mk.	— Mk.
Invalidenversicherung	4,65 "	4,65 "
Krankenversicherung	5,15 "	10,30 "
Zusammen:	15,88 Mk.	14,95 Mk.

Wenn man diese Zahlen vergleicht, so muß konstatiert werden, daß mit 15,88 Mk. pro Jahr, welchen Betrag die Arbeitgeber pro versicherte Person aufzubringen haben, erstere keineswegs zu hoch belastet sind.

Ob nun durch einen Umbau der Arbeiterversicherung, also durch Zusammenlegung der Kranken- und Invalidenversicherung, event. auch mit der Unfallversicherung, eine Ermäßigung der Beiträge eintreten kann, diese Frage muß heute schon entschieden verneint werden. Sofern aber eine Verschmelzung zu verwirklichen wäre, müßte es Aufgabe der Gesetzgebung sein, alle Personen ohne Unterschied, sofern sie in einem Arbeitsverhältnisse stehen, der Versicherung zu unterstellen, sowohl der Kranken- wie Invaliden- und Unfallversicherung. Das Selbstverwaltungsrecht, welches die Versicherten bei der Krankenversicherung genießen, dürfte in keiner Weise beschnitten werden. Sollten nach dem doch Ersparnis zu machen sein, so sind diese im Interesse der Versicherten zu verwenden; denn auf dem Gebiete der Sozialpolitik wollen wir nicht rückwärts, sondern vorwärts marschieren. Deshalb ist ein weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung anzustreben.

Für die Versicherten wird nun aber keineswegs zu viel getan. Wenn man die zunehmenden Leistungen ins Feld führt, so darf man die Zunahme des Vermögens aber auch nicht übersehen. So betrug z. B. das Vermögen sämtlicher Träger der Invalidenversicherung (also der 31 Versicherungsanstalten und neun zugelassenen Kassen-einrichtungen:

Ende 1900	845 759 050,99 Mk.
" 1901	929 162 180,19 "
" 1902	1 007 477 530,80 "
" 1903	1 084 281 004,86 "

Hiervon wurden für das Heilverfahren im Durchschnitt ausgegeben:

im Jahre 1900	4,1 Proz. der Einnahme
" 1901	4,9 " " "
" 1902	5,5 " " "
" 1903	6,6 " " "

Nun gibt es Versicherungsanstalten, die erheblich unter dem Durchschnitt zurückbleiben, die z. B. höchstens ein bis zwei Prozent der Einnahme für das Heilverfahren verwenden. In erster Linie sollten diese Versicherungsanstalten Gewicht darauf legen, die Invalidität zu ver-

hüten zu suchen. Leider glauben aber mehrere Anstalten mit der spärlichen Rentenbewilligung dem Gesetze genügt zu haben. Bei diesen Anstalten werden die Hälfte bis zwei Drittel der Antragsteller zurückgewiesen, weil die Versicherungsanstalten nicht die Pflicht, sondern nur das Recht zur Übernahme des Heilverfahrens haben. Da nun einmal eine Verpflichtung zur Übernahme des Heilverfahrens nicht besteht, so erstreben die Versicherungsanstalten die Übernahme auch nur auf einen begrenzten Kreis von Krankheiten. So lehnt z. B. die Versicherungsanstalt Sachjen-Anhalt die Übernahme des Heilverfahrens stets ab, wenn es sich um Epilepsie, Geisteskrankheiten, Krebs und andere bösartige Neubildungen, Gehirn- und Rückenmarksleiden, tuberkulöse und deformierende Gelenkerkrankungen, Zuckerschwäche, chronische Vergiftungen, chronische Nierenentzündung, erhebliche Lungen- und Herzaffektionen, Altersveränderungen des Körpers handelt. Auch wird im allgemeinen bei Beingschwächen, starken Krampfzittern, Neurasthenie, sonstigen Nervenleiden — wie Nervenschwäche und Hysterie — Syphilis, schweren Augen- und Ohrenleiden auf Übernahme des Heilverfahrens nicht gerechnet werden können, so heißt es in den für die Übernahme maßgebenden Bestimmungen der Versicherungsanstalt Sachjen-Anhalt, von denen sich die einer Anzahl anderer Versicherungsanstalten wenig oder gar nicht unterscheiden. Natürlich gibt es auch Anstalten, die hier nicht so engbegrenzt vorgehen. So hat u. a. die Versicherungsanstalt Berlin in Nichtenberg bereits im Jahre 1902 eine Heilstätte für geschlechtskranke Männer mit 55 Betten errichtet. In dieser Anstalt wurden 1902 204 und 1903 322 Personen behandelt.

Eigene Heilanstalten und Sanatorien fehlen auch noch einer Anzahl von Versicherungsanstalten. Auf Erbauung von eigenen Heilanstalten und Sanatorien haben die Ende 1904 gewählten Vorstands- und Ausschußmitglieder bei den Versicherungsanstalten zu dringen; ferner haben sie für möglichst Erweiterung der Übernahme des Heilverfahrens einzutreten, wie ja das Bestreben aller Versicherten auf eine Erweiterung und nicht auf Beschränkung der Sozialgesetzgebung gerichtet sein muß. M. Wüldenbergs-Halle.

Korrespondenzen.

St. Augsburg. Die am 19. März abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Besprechung der Anträge zu dem während der Osterfeiertage in Würzburg abgehaltenen Goutage. Unter den demselben zur Beschlußfassung vorliegenden Anträgen, führte Kollege Wipfler aus, stehe ein Antrag auf günstigere Einteilung der im Gau bestehenden Agitationsbezirke resp. Schaffung von kleineren Bezirken. Redner vertrat den Standpunkt, daß es doch etwas verfrüht wäre, die noch nicht einmal ein Jahr bestehenden Agitationskommissionen jetzt schon einer Veränderung zu unterziehen, man solle vielmehr bis auf weiteres die jetzige Einteilung belassen. Dieser Auffassung stimmte auch die Versammlung zu. Ein weit wichtigerer Punkt sei der auf Wiedereinführung eines Gauzuschusses im Gau Bayern, hier ist Redner der Meinung, daß die Einführung eines solchen Zuschusses im Gau Bayern nicht länger aufgeschoben werden könne, und werde der diesjährige Goutage auch diesbezüglich beschließen müssen. Er empfahl daher von den sämtlichen hierzu gestellten Anträgen den Antrag Würzburg als den geeigneten. Kollege Kaple dagegen vertrat die Ansicht, daß das gesamte Unterstützungsweien der Verband zu übernehmen habe und empfahl den Delegierten, ihre bisherige Stellung dem Antrage gegenüber beizubehalten. Kollege Kirchmeyer stimmte zwar diesen Ausführungen zu, empfahl aber aus praktischen Gründen den Antrag Würzburg. Kollege Hauschild erinnerte an die Generalversammlung zu Mainz, daß dort geltend gemacht worden sei, die Gauzuschüsse aufzuheben; es sei heute aber der Gau Bayern der einzige, der diesem Beschlusse nachgegeben, weshalb kaum daran gedacht werden könne, die sämtlichen Gauzuschüsse aufzuheben. Bezüglich einer definitiven Beschlußfassung über das im Vorjahre hinsichtlich der Verwaltung geschaffene Provisorium führte Kollege Kirchmeyer an, daß damit wohl auch die Gehaltsfrage der Verwaltung in Betracht kommen werde, welche Frage auch dieses Jahr wieder eine größere Debatte beanspruchen dürfte. Zu dem Antrage selbst erwähnte Redner, daß der Ausschuß einstimmig für den Antrag Würzburg, welcher dahin geht, der Goutage wolle beschließen, das derzeitige Provisorium der Verwaltungsbeamten in ein Definitivum umzuwandeln, sich ausgesprochen habe. Kassierer Schmidt war der Meinung, daß die Verteilung der Kosten zwischen dem Gau und dem Ortsvereine München eine ganz gerechtfertigte sei. Diesen Ausführungen konnte Kollege Hauschild nicht beistimmen und legte dem von seinem Vorredner erbrachten Ziffermateriale lebhaften Bedenken entgegen, ebenso auch Kollege Baur. Letzterer ersuchte die Versammlung, die Delegierten zu beauftragen, dahin zu wirken, daß endlich einmal in dieser Hinsicht Remedur geschaffen werde. Kollege Wipfler führte in seinem Schlussworte aus, daß den Ausführungen der Redner zu entnehmen sei, man solle dem Antrage München in seinem ersten Teile zustimmen, betreffs Tragung der Verwaltungskosten wolle man aber die Begründung der Mitgliedschaft München erst abwarten. Diesem stimmte die Versammlung einstimmig zu. Dem Antrage Fürth zur

Generalversammlung des Verbandes, welcher eine „Reorganisation der Arbeitslosenunterstützung“ ins Auge faßt, konnte die Versammlung nicht beistimmen. Des Weiteren wurde auch noch Stellung genommen zur Verlegung des „Corr.“ von Leipzig nach Berlin und Errichtung einer Preßkommission. Die Versammlung war der Meinung, man solle das bisherige Verhältnis belassen und auch von einer Preßkommission Abstand nehmen. In bezug auf die Tarifdurchführung in Bayern könne man seit dem im Februar erschienenen Ministerialerlasse ganz bedeutende Fortschritte erkennen. Es sei nun Pflicht der einzelnen Mitgliebschaften, darauf zu achten, daß dem Erlasse auch allenthalben entsprochen werde. Zur nächsten Tarifrevision wurde der Wunsch ausgesprochen, da eine Arbeitszeitverkürzung oder Erhöhung des Tarifes kaum zu erwarten sei, entschieden dahin zu wirken, daß in bezug auf die Lehrjahrswirtschaft, speziell die der Maschinenmeister, bedeutende Abhilfe geschaffen werde. Einem Antrage Regensburg, man solle auf dem Goutage beschließen, die Delegierten zur Generalversammlung mögen dahin wirken, daß die Kosten zu dem im Jahre 1906 stattfindenden deutschen Maschinenmeistertongresse der Verband trage, konnte die Versammlung aus naheliegenden Konsequenzen nicht beistimmen.

Berlin. (Beretinsversammlung vom 15. März.) Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Weiterberatung der Anträge zur Generalversammlung und lag als erster der folgende Antrag des Gauvorstands vor: „Die Generalversammlung wolle den Verbandsvorstand beauftragen, dahin zu wirken, daß der mit Ende des Jahres 1906 ablaufende deutsche Buchdrucker tarif seiner Erneuerung mit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker abgeschlossen wird.“ Für die Annahme dieses Antrags trat Kollege Massini warm ein, indem er meinte, daß der bisherige Dualismus, Tariforganisation und Verband, aus der Welt geschafft werden müßte. Redner erinnerte daran, daß, solange wir ein Tarifverhältnis haben und zwar nicht nur seit 1896, sondern bereits viel früher, seit Anfang der siebziger Jahre, nie der Verband hierbei zur Geltung gekommen sei. Sehen wir uns dagegen die Tarifverträge anderer Gewerbe an, so finden wir, daß es ohne die Organisation derartige Verträge überhaupt nicht geben würde, vielmehr werden Rechte und Pflichten von beiden Seiten getragen, bei uns aber steht der Verband abseits und hat nur für die Kosten aufzukommen. Dann kommt Redner auf die gegenwärtige Tariforganisation zu sprechen und erläutert deren Einrichtungen kurz, wieder ist aber der Verband vollständig ausgeschlossen, indem nur die Allgemeinheit die Vertreter in die Institutionen wählt und wenn diese Tariffunktionäre auch Verbandsmitglieder sind, so haben sie dem Verbands gegenüber doch gar keine Verpflichtung, ja, als von Verbands wegen die Mitglieder der Tarifinstitutionen bei Gelegenheit zu einer Besprechung eingeladen wurden, lehnte ein Kollege die Teilnahme daran mit der Motivierung ab, er lasse sich nicht beeinflussen. Da sagt z. B. das Tarifamt Beschlüsse, auf die der Verbandsvorstand gar keinen Einfluß hat, ja dem hiesigen Gauvorstande ist vor einiger Zeit erst ein solcher Beschluß bekannt geworden, von dessen Bestehen er keine Ahnung hatte. Trotzdem hat der Verband für die Durchführung dieser Beschlüsse aufzukommen. Würde ein Einspruchsrecht der Organisation bestehen, so könnten derartige Beschlüsse nicht gefaßt werden. Deshalb ist es notwendig, damit der Verband die Interessen seiner Mitglieder in genügender Weise vertreten kann, daß er einen maßgebenden Einfluß in der Tariforganisation bekommt. Auf die eminente Bedeutung, die die Gewerkschaft an den Arbeitsnachweisen hat, ging Redner dann ein, aber auch hierbei habe der Verband nichts zu sagen, deshalb ist es eine zwingende Notwendigkeit, daß der Verband an die Stelle der Allgemeinheit tritt. Ob nun die zukünftige Tarifvereinbarung von Organisation zu Organisation abgeschlossen wird, wollen wir ruhig abwarten, denn wir müssen es doch der Prinzipalität überlassen, ob sie sich organisieren wollen; wir verlangen nur, daß an die Stelle der Allgemeinheit der Verband zu treten hat. Es erübrigt sich also, dahin zu streben, daß der Tarifvertrag von Organisation zu Organisation abgeschlossen werde. Redner bemerkte noch, daß ein Tarifvertrag, wie ihn die Chemigraphen abgeschlossen hätten, unpraktisch und deshalb nicht erfindenswert sei, worauf er mit dem Ersuchen schloß, den Vorstandsantrag anzunehmen. Diefem Ersuchen wurde ohne Diskussion einstimmig von der Versammlung entsprochen. Der vom Vereine der Berliner Buchdruckmaschinenmeister gestellte Antrag erfuhr auf Veranlassung des Kollegen Quitt eine Erweiterung und lautete nun: „Der Gauverein Berlin stellt den Antrag, die Generalversammlung möge beschließen: Für die im Jahre 1906 stattfindenden Kongresse der Maschinenmeister, Maschinensetzer und Stereotypen eine angemessene Beihilfe zu den Kosten zu gewähren.“ Nach kurzer Begründung durch die Kollegen Kraetzke und Schellbach, denen sich Kollege Eichler angeschlossen, erfolgte die Annahme des Antrags. Vom Vereine Berliner Korrektoren lag der folgende Antrag vor: „Die Generalversammlung wolle die Delegierten beauftragen, in den einzelnen Mitgliederkreisen solche Anträge für die nächste Tarifrevision zu unterstützen, die die Aufnahme der Korrektoren in den Tarif bezwecken.“ Die Begründung hierzu gab Kollege Schabebach und wurde der Antrag nach unweillicher Diskussion angenommen. Der Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker hatte den folgenden Antrag eingereicht: „Die Berliner Stereotypen und Galvanoplastiker beantragen, die Delegierten des

Verbandes zur Generalversammlung zu erziehen, in ihren Kreisen etwaige Anträge zur nächsten Tarifrevision unter-
stützen zu wollen, die die Aufnahme der Stereotypen-
und Galvanoplastiker in die Tarifgemeinschaft bezwecken".
Kollege Trojtsch begründete in längerer Ausführungen
die Zweckmäßigkeit des Antrages, der dann auch nach ein-
gehender Besprechung ebenfalls angenommen wurde. Der
letzte vorliegende Antrag, der des Kollegen Weber, hatte
folgenden Wortlaut: „Die Delegierten der fünften ordent-
lichen Generalversammlung des Verbandes halten eine
Kündigung des zurzeit geltenden Tarifes zum bevorstehenden
Kündigungstermine für notwendig. Einem neuen Tarif-
vertrage ist nur dann zuzustimmen, wenn derselbe fol-
gende Veränderungen enthält: 1. Dauer des Tarifvertrages
nicht über drei Jahre. 2. Erhöhung der Grundpositionen
um wenigstens 7 1/2 Proz.; Verkürzung der Arbeitszeit um
eine halbe Stunde; Fortfall des Staffeltarifes; 3. Ab-
änderung der Tarifarbeitsnachweise insofern, daß die-
selben von Prinzipalen und Gehilfen bei Arbeitsver-
mittlung ausschließlich zu benutzen sind. Die Delegierten
halten vorstehende Forderungen für durchaus notwendig
im Interesse der Gesundheit des Gewerbes und erziehen
die Gehilfenvertreter, die sich daraus ergebenden Konse-
quenzen zu ziehen.“ Punkt für Punkt begründete dann
der Antragsteller seinen Antrag in der eingehendsten Weise
und schloß mit den Worten: „Was notwendig ist im
Interesse unserer selbst, das muß auch durchgeführt werden,
wenn nicht mit, dann eben ohne Tarifgemeinschaft“. Nach
einer sehr lebhaften Besprechung, in der sich alle
Redner mit einer Ausnahme auf den Standpunkt des
Antragstellers stellten, wurde dieser Antrag ebenfalls an-
genommen. Damit war die Beratung der Anträge er-
ledigt und wurde nun die Abrechnung von der Weichnachts-
matinee gegeben. Diefelbe hatte ein Defizit von 28 Mk.,
indem einer Einnahme von 457 Mk. eine Ausgabe von
485 Mk. gegenüberstand. Bei verschiedenen Rudereien,
berichtete der Vorsitzende unter Vereinsmitteilungen, war
ein Vorkommnis notwendig, und ist auch zwei Kollegen
die Unterstützung nach § 2 zuerkannt. In etwa 20 Ge-
schäften hat die Hilfsarbeiterorganisation ihre Forderungen
durchgeführt und mit den betreffenden Offizieren einen
dreijährigen Vertrag vereinbart. Die hier für unsere
Kollegen bestehenden Arbeitsverhältnisse sind, wie das uns
die jetzige Zeit stets der Fall ist, vorübergehend bessere
geworden, leider sind aber immer noch mehr Rudere
wie Seher arbeitslos, was doch ein recht unerfreuliches Ver-
hältnis ist. Durch ein Inserat in der „Buchrunderwoche“
wird ein Seher gesucht, der im „Ganzmachen“ bewandert
ist; eine Erklärung dieses Ausdrucks konnte niemand aus
der Versammlung geben. Ausgetreten die Seher Alfred
Frisch, Paul Krieg, Friedrich Seher (sämtlich wegen Berufs-
veränderung). Inwalde geworden Seher Traugott Herrig.
-th. Berlin. (Verein Berliner Korrektoren.)
Von der am 19. März abgehaltenen Monatsversamm-
lung ist die Anwesenheit von Mitgliedern aus der Um-
gebung und auch von Gästen als erfreulicher Gesichtspunkt
der Präsenzliste zu verzeichnen. Die letzteren meldeten
sich sofort auch ihren Beitritt zu unserm Vereine, und soweit
sie noch nicht Verbandsmitglieder sind, auch zu diesem
an. Es ist nur zu wünschen, daß der Stein noch kräftiger
ins Rollen kommt, damit man auch in Berlin von einem
wichtigen Zusammenfassen aller Kräfte sprechen kann.
Noch mander steht in unseren Reihen, und es muß den
„Satten“ sowohl wie den Indifferenten immer wieder
zugelassen werden: Bleibt nicht länger in eurer keines-
wegs wüßrigen Vereinsamung, ratet und tatet mit zum
Wohle unsers Standes, zum mindesten aber stärkt uns
numerisch — so nur kann etwas erreicht werden; ihr er-
spart euch vielleicht für später den Vorwurf, seige hinter
den Dorn geblieben zu haben zu einer Zeit, wo jeder ethi-
sch Denkende die Solidarität mit seinen Berufscollegen
durch Beitritt zur Organisation bewiesen hat. Der Vor-
sitzende teilte mit, daß es sich allenthalben im Reiche in
sehr erfreulicher Weise immer mehr zu regen beginne,
daß sich jetzt auch in Stuttgart und Mannheim Vereine
gebildet, welchen alle dort tätigen Kollegen sofort beizut-
reten; auch in Magdeburg, Chemnitz, Naumburg, Hano-
ver und anderen Orten seien solche in Bildung be-
griffen. Ferner haben wieder mehrere Kollegen als
Einzelmitglieder ihren Beitritt zur Zentralkommission an-
gemeldet. Kollege Albrecht (Mitglied des Gauvorstandes)
machte Mitteilung, daß nach der letzten beendeten Statistik
in Berlin 272 Korrektoren insgesamt berufsmäßig tätig
sind, darunter 159 Verbandsmitglieder. Auf eine An-
regung des Kollegen A., diesen, soweit sie noch nicht Mit-
glieder unsrer Vereinigung sind, besondere Aufmerksamkeit
zu schenken, teilte der Vorsitzende mit, daß dies von seiten
des Vorstandes schon in Aussicht genommen und Vor-
arbeiten unternommen seien, die es ermöglichen sollen,
den Anruf jedem persönlich zuzustellen. Als Delegierten-
kandidat für die Generalversammlung wurde von Vor-
standseite Kollege Albrecht der Versammlung vor-
geschlagen, von derselben einstimmig angenommen und
beschlossen, den Berliner Gauvorstand hiervon zu benach-
richtigen und gleichzeitig zu erziehen, seinerzeit Kollegen
Albrechts mit zur Wahl zu stellen. Nach Erledigung
verschiedener Interna teilte der Vorsitzende noch mit, daß
in Zukunft die Versammlungen pünktlich um 7 Uhr be-
ginnen werden, und daß in der nächsten Monatsversamm-
lung ein Vortrag des Herrn Sekretärs Voigt von der
Landesversicherungsanstalt Berlin über das Invaliden-
versicherungsgesetz stattfinden und der Versammlung dann
Gelegenheit geboten sei, sich über alle dieses Gesetz be-
treffende Fragen eingehend zu orientieren.

Th. Bremen. In der Bezirksversammlung vom
26. März gab der Vorsitzende nach einigen kleineren Vereins-
mitteilungen das Ergebnis der aufgenommenen Statistik
bekannt, wonach bei einer Anzahl von 454 Gehilfen
67 Proz. Verbandsmitglieder und 33 Proz. Nichtmitglieder
vorhanden sind. Da sich bei dieser Gelegenheit heraus-
stellte, daß die Firma Bodenstedt & Co. untarifräßige
Entlohnung hat, folgte die Streichung der Firma aus dem
Tarifverzeichnis beim Tariffaße beantragt werden. Eine
längere Debatte entpinn sich über die Angelegenheit der
Maschinenfabrik „Bremer Tageblatt“ (Bremer Zeitungs-
gesellschaft). Alles mögliche ist versucht worden, um diese,
nun bald vier Monate spielende Angelegenheit in fried-
licher Weise zu erledigen; das hiesige Tarifschiedsgericht,
die beiderseitigen Vorsitzenden desselben, der Ortsvorsitzende,
der letztere verschiedene Male, haben vermittelnd einzu-
greifen versucht, ja, vorstehende Instanzen sind sogar von
der Geschäftsleitung angerufen worden, aber alles nichts.
Um den Vorsitzlag des hiesigen Tarifschiedsgerichts,
das Geschäft möge mit den Maschinenfabrikern eine Basis
zum Ausgleich suchen und dem Schiedsgerichte vorlegen,
suchte das Geschäft sich herumzudrücken. Scheinbar trat
wieder Ruhe ein, um bei irgend einer Gelegenheit in die
Brüche zu gehen. Um nun endlich dem Faße den Boden
auszulösen, wurde einem Maschinenfabrik am 19. März
die Kündigung überreicht wegen angeblich zu geringer
Leistung. Diese Kündigung widerspricht nun dem Ab-
kommen, welches das Schiedsgericht mit der Geschäfts-
leitung und dem Personale in einer Sitzung im Dezember
v. J. abschloß. Danach sollten sowohl von seiten des
Geschäfts wie der Gehilfen Berechnungen aufgestellt werden,
die das Schiedsgericht eventuell unter Zuziehung von
Experten zu prüfen sich vorbehielt. In der Debatte wurde
hauptsächlich das Verhalten der Geschäftsleitung und eines
Mitgliedes kritisiert und gefordert, daß der Vorstand un-
nachlässig gegen diejenigen Mitglieder vorgehe, die in
die Stellung des entlassenen Kollegen eintreten. Dem
Sinne nach wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt:
Das Personal hat morgen eine Kommission zu wählen,
welche versuchen soll, die Kündigung rückgängig zu machen,
eventuell hat der geständige Kollege Klage beim Schieds-
gerichte einzureichen. Sollte das Geschäft dem vom Schieds-
gerichte gefällten Beschlusse nicht nachkommen, so ist von
Gesamtpersonale die Kündigung einzureichen. Als Kan-
didaten für die Gauvorstandswahl wurden aufgestellt die
Kollegen: Rosenkranz als Vorsitzender, Weber als Kassierer,
Wachhaus als Schriftführer. Als Beisitzer wurden die Kol-
legen Gohst und Klemme einstimmig wiedergewählt. Nach
Aufstellung der Kandidaten zur Gauversammlung und
einer Kommission zur Leitung beider Wahlen, gewährte
die Versammlung dem Vorstände „unbegrenztes“ Kredit
zu einer kleinen Festlichkeit anlässlich des Gantages. Der
Punkt: „Unterstützen wir den Kaiserbeschlusse des Ge-
werkschaftstages?“ konnte wegen der vorgerückten Zeit
nicht mehr erledigt werden und wurde nach einigen Für
und Wider auf die nächste Versammlung verschoben.

Barmstadt. (Eingegangen am 23. März.) Die Ver-
sammlung vom 11. März beschäftigte sich mit verschiedenen
Anträgen zur Generalversammlung, die vom Kollegen
Ernst eingebracht waren und von denen folgende zwei
Annahme fanden: 1. „Da an Einführung einer Witwen-
und Waisenunterstützung in absehbarer Zeit nicht zu
denken ist, beantrage ich bei einer eventuell nötigen Er-
höhung des Verbandsbeitrages eine dementsprechende Er-
höhung der Sterbrente eintreten zu lassen.“ 2. „Zu
C. Umzugskosten soll dem Abfahre 5 folgende neue Fassung
gegeben werden: „Angehörige, welche weniger als 100
Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten von den vorstehenden
Sätzen die Hälfte.“ Nach Erledigung einiger Interna
wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Der Maschinenmeisterverein hielt
am 19. März seine von 100 Kollegen besuchte diesjährige
Generalversammlung ab. Aus dem Jahresberichte, der
gedruckt vorlag, ist zu entnehmen, daß auch im ver-
flossenen Jahre der Verein sich vorwiegend die technische
Fortbildung seiner Mitglieder angelegen sein ließ. In
den Mitgliederversammlungen fanden fast regelmäßig tech-
nische Vorträge statt. Sodann veranstaltete der Verein,
um namentlich den Farbeninn der Kollegen zu stärken,
einen „Kolorierkursus“, welcher von 40 Kollegen besucht
war. Um den Druckern in den Stand zu setzen, sich bei
den heute häufig vorkommenden Prägearbeiten kleinere
Druckplatten in Blei selbst herzustellen, wurde ein Kursus
im Prägearbeiten eingeleitet, der 35 Teilnehmer
fand. Den Leitern dieser beiden Kurse, den Kollegen
Wandelt und Müllerbeck, sei auch an dieser Stelle
unser bester Dank für ihre aufopfernde Tätigkeit aus-
gesprochen. Die in der Zeit vom 30. Oktober bis 20. No-
vember hier veranstaltete Dreifarbenbruderausstellung hatte
einen vollen Erfolg, nahezu 6000 Personen besuchten die-
selbe. Kosten sind dem Vereine aus dieser Ausstellung
nicht erwachsen, dieselbe schloß ohne Defizit ab. Aus dem
Kassenberichte ist zu entnehmen, daß das Vereinsver-
mögen von 818,11 Mk. auf 1176,64 Mk. stieg. Die
Mitgliederzahl stieg von 154 auf 172 (von 195 Ver-
bandsmitgliedern am Orte). Die Generalversammlung
wählte den bisherigen Vorstand wieder (s. Verbandsmit-
teilungen). Der Protokollbeschlusse, an durchreisende Maschinen-
meister ein Biatium von 50 Pf. zu zahlen, wurde
wiederum erneuert. Gewünscht wurde, daß der Maschinen-
meisterkongreß sich mit dieser Sache beschäftige, da es
wünschenswert sei, jede Unterstützung aus den Maschinen-
meistervereinen verschwinden zu machen.

R. Heidelberg. (Maschinenmeisterklub.) Im Interesse
einer geregelten Berichterstattung und um den Raum des
„Corr.“ nicht mit unrichtigen Berichten zu beanspruchen,
sollen von jetzt ab nur kurze vierteljährliche Situations-
und Tätigkeitsberichte unsers Klubs veröffentlicht werden.
Der Besuch der Versammlungen im ersten Quartale war
wenig befriedigend. Neben ausgiebigen technischen Dis-
kussionen fand eine kleine Ausstellung und Besprechung
der eingelassenen Neujahrsbrudersachen statt. Mit den
praktischen Aufgaben im Anlegen von bunten Brudersachen
hat unsere Stadtkommission bereits begonnen. Die sonstigen
Vorarbeiten innerhalb unserer Spezialorganisation fanden
rege Besprechung. Speziell das Zirkular Nr. 13 der
Zentralkommission fand lebhaften Beifall. Das Zustandek-
ommen des deutschen Maschinenmeisterkongresses wurde mit
Genugtuung begrüßt, und nahm der Bezirksverein Heidel-
berg auch einen diesbezüglichen Antrag auf Deckung der
Kosten des Kongresses aus der Verbandskasse an. Bei
der Besprechung der Resultate des internationalen
Maschinenmeisterkongresses in München gingen die Mei-
nungen dahin, daß dort zweifellos eine Fülle von An-
regungen zur Besserung der Verhältnisse in den Maschinen-
fabriken gegeben wurde, daß jedoch der praktische Wert dieses
Kongresses kein großer sei. In diesem Sinne wurde auch
die Nichtentsendung eines Vertreters des Verbandsvorstandes
gebetet. Ueber den Artikel des Kollegen Germer-Nürnberg:
„Unsere Spezialvereine“ (Nr. 23), entpinn sich eine
lebhaft Debatte. Da Kollege Germer am Schlusse seines
Artikels die Ansichten der Gesamtgesellschaft kennen zu
lernen wünscht, präziserte unser Verein seine Stellung in
folgender Resolution: „Der Maschinenmeisterklub Heidel-
berg kann sich den Ausführungen des Kollegen Germer-
Nürnberg, an Stelle der selbständigen Maschinenmeister-
vereine nur lose Branchenversammlungen mit selbst-
gewählten Vertretern in den örtlichen Verbandsverwal-
tungen zu setzen, nicht anschließen, hält vielmehr das
Weiterbestehen der Spezialvereine in ihrer jetzigen Form
für vorteilhafter und zweckentsprechender.“

Leipzig. In Beantwortung der verschiedenen münd-
lich und schriftlich an uns gerichteten Anfragen betreffend
die Einstellung von Druckern bei der Firma F. W. Brod-
haus hier, bringen wir den Kollegen zur Kenntnis, daß
es sich bei genannter Firma um die vorübergehende Ein-
setzung einer zweiten Schicht für die Dauer von etwa
einem Vierteljahre handelt. Der Gauvorstand.

Leipzig. (Korrektorenverein.) In der am 19. März
abgehaltenen, gut besuchten Versammlung berichtete der
Vorsitzende über den gegenwärtigen Stand der Korrektoren-
bewegung sowie über die im Gange befindliche Agitation.
Der Verein konnte wieder einige Neuaufnahmen ver-
zeichnen, obwohl verschiedene Leipziger Korrektoren sich
leider noch immer der Wahrnehmung ihrer eignen Inter-
essen verschließen. Ueber den Arbeitsnachweis konnte
Erfreuliches berichtet werden; derselbe wurde in letzter
Zeit recht lebhaft benutzt und konnten den auftragenden
Firmen immer geeignete Kräfte empfohlen werden. Des
fernern befahte man sich nochmals mit der Frage, ob es
wirklich zweckmäßig sei, schon dieses Jahr einen Korrektoren-
tag abzuhalten. Nach ausführlicher Besprechung kam man
zu folgendem Beschlusse: „In Anbetracht dessen, daß ein
in Kürze abzuhaltender Korrektorentag in der Hauptsache
nur Organisationsfragen behandeln könnte, zur Beratung
tariflicher Punkte in der ersten Hälfte nächsten Jahres
aber die Abhaltung eines zweiten Korrektorentages dringend
erforderlich wäre, hiervon aber schon aus finanziellen
Gründen abgesehen werden muß, schlägt der Leipziger
Korrektorenverein folgendes vor: 1. Der erste deutsche
Korrektorentag findet Ostern 1906 in Berlin statt. 2. Es
ist seitens der Zentralkommission in Uebereinstimmung
und mit Unterstützung aller in Betracht kommenden Kreise
ein Organisationsstatut zu entwerfen, auf Grund dessen
bis zur Abhaltung des Korrektorentages nach Kräften
agitiert und organisiert werden soll. 3. Der Leipziger
Korrektorenverein hält den Zusammenschluß der deutschen
Korrektoren zu Kreisvereinen analog den Tarifkreisen
schon nach § 43 des Tarifes für das Zweckmäßigste.
Der Vorstand des Leipziger Korrektorenvereins wird be-
auftragt, der Zentralkommission den Entwurf eines Orga-
nisationsstatuts auf dieser Grundlage zu unterbreiten.“
Man trat sodann in die Besprechung der Korrektorenver-
hältnisse einiger hiesiger Zeitungsdruckereien ein. Es kamen
hierbei speziell in einer der großen Zeitungsdruckereien
in bezug auf Arbeitszeit und Ueberstundenentschädigung sehr
verbesserungsbedürftige Zustände zur Sprache. Man hofft
zunächst durch das Vorkesselnwerden der in Betracht kom-
menden Korrektoren eine Besserung zu erzielen und wird
der Korrektorenverein den Verlauf der Angelegenheit weiter
verfolgen. Der Punkt „Verchiedenes“ brachte u. a. die
Bewilligung eines Betrages zur Disposition des Vor-
standes für die auswärtige Agitation. Die Adresse des
Vorsitzenden lautet: B. Mauff, Leipzig-Indenau, Gar-
tortstraße 45.

Leipzig. Die Generalversammlung des Vereins der
in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiter-
innen wurde am 20. März im Saale des „Zohannis-
tals“ abgehalten. Der Jahres- und der Kassenbericht
lag den Mitgliedern gedruckt vor. Vom Vorstande wurden
hierzu einige kurze Erläuterungen über verschiedene haupt-
sächliche Ausgaben und Einnahmen gegeben. Auf An-
trag der Neuwahler wurde hierauf Jahres- und Kassen-
bericht einstimmig gut geheßen. Die Neuwahl des Vor-
standes zeitigte nachstehendes Resultat: W. Richter, Vor-
sitzender; A. Böbel, Kassierer; G. Naumann, Schriftführer.
Unter Gewerkschaftlichen kam ein Antrag auf Erhöhung

des Invalidenzuschusses (auf 1 Mk. pro Woche) zur Diskussion. Nachdem derselbe vom Antragsteller des nähern begründet, wurde der Antrag dem Vorstande zur Beratung überwiesen. Vom Vertrauensmann wurde noch mitgeteilt, daß die hiesige Prinzipalität einen Neubrud des Tarifes beabsichtigt. In denselben sollen der neue Höherfraktar, die Geschäftsordnung des Tarifschiedsgerichtes sowie die Nachträge Aufnahme finden. Der Vorsitzende dankte den auscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre Tätigkeit, insbesondere dem langjährigen Kassierer, der seit Gründung des Vereins die Kassengeschäfte geführt habe.

-b. Magdeburg. Der am 12. März in Burg bei Magdeburg abgehaltenen zweiten Monatsversammlung der Maschinensekervereinigung Gau „An der Saale“ ging eine Besichtigung der Buchdruckerei V. S. P. in Burg voraus, bei welcher der Hauptanziehungspunkt die dort aufgestellten Monotypesechmaschinen bildeten, welche das Interesse der Vereinigung, der sich auch einige andere Kollegen angeschlossen hatten, in hohem Maße in Anspruch nahmen, und geführt dem freundschaftlichen Entgegenkommen seitens der Prinzipale, welche bereitwillig selbst die Führung und Erklärung übernahmen, aufrichtigster Dank. Die Versammlung selbst war gut besucht. Nach Aufnahme neuer Mitglieder — Kollegen aus Burg und Wittenberg — gelangte unter „Technisches“ eine Besprechung der Mergenthaler Sechmaschinenfabrik über Leistungsfähigkeit der „Monotype“ usw. zur Berlesung. Hierauf schloß sich eine längere Debatte, in deren Verlaufe beschlossen wurde, gegenüber den haarsträubenden, ja teilweise geradezu lächerlichen Angaben und Ausführungen über Leistungsfähigkeit der Maschine bzw. über Leistungen einzelner Maschinenseker energisch Front zu machen. Sodann kam die „Sache Stüberlich“ zur Besprechung, und war die Versammlung der Ansicht, daß die Anstellungen dieses Herrn über die „Monotype“ zu naiv — um nicht einen kräftigeren Ausdruck zu gebrauchen — wären, um einer Stellungnahme hierzu würdig zu sein. Der Vorsitzende kam dann auf die Agitationstätigkeit des Vereins zu sprechen. Nach Schluß der Versammlung verbrachte man noch einige gemüthliche Stunden im Kreise Burger Kollegen.

-Im. München. „Fraktur oder Antiqua für den „Corr.“, so lautete in der am 15. März abgehaltenen Monatsversammlung der Typographischen Gesellschaft das kurze, aber gute Referat des Herrn Stitzelmeier. Die sich daran anschließende lebhafteste Diskussion bewies das Interesse der zahlreich anwesenden Mitglieder für die „Corr.“-Schriftfrage. Referent erklärte sich für Einführung der Antiqua, überließ jedoch auch die technischen Schwierigkeiten nicht, welche sich daraus ergeben würden (Vergrößerung des Umfangs oder Verminderung des Inhalts wegen des breiteren Laufens der Antiqua). Eine große Anzahl Mitglieder bekundete ebenfalls ihre Sympathie für Verwendung der Antiqua. Aber auch der Beibehaltung der Fraktur für unser Verbandsorgan erstanden nicht wenige Verteidiger und ergab nach einem Resümee des Vorsitzenden die Abstimmung trotz starker Antiquaminderheit eine Mehrheit für die Fraktur. Vor Behandlung der „Corr.“-Schriftfrage unterzog Herr Bammes die diesjährigen Neujahrsdrucksachen einer ebenso sachlichen als auch zum Selbststudium anregenden Kritik. Referent kam dabei zu dem erfreulichen Resultate, daß eine große Anzahl sehr guter und fast gar keine direkt schlechten Arbeiten zu verzeichnen seien. Die Mitglieder sorgten nicht mit Beifall für ein Referat, wie wir so gut lange keines mehr gehört haben. Die Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten bildete den Schluß der animierten verlaufenen Versammlung.

Regensburg. Der hiesige Bezirksmaschinenmeisterklub ist andauernd befreit, durch interessante Vortragsabende die Fortbildung seiner Mitglieder zu fördern. Am 11. Februar hielt Kollege Kraetz aus Berlin anlässlich seiner Durchreise zur internationalen Maschinenmeisterkonferenz in München einen gut besuchten Vortrag über das Thema: „Die technischen Erfindungen und Verbesserungen im Maschinenbaue und ihr Einfluß auf unser Gesamtgewerbe“. In kurzen markanten Zügen schilderte Redner die großen Umwälzungen auf dem Gebiete der Drucktechnik und die sich dadurch als dringend notwendig erweisenden Reformen, welche von Tarif wegen zu erfolgen hätten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine allgemeine Schulung und besonders die Einigkeit der Druckerkollegen von größter Wichtigkeit. Leider Beifall lohnte die vortrefflichen Ausführungen. Eine sich hieran anschließende Diskussion förderte noch manches Interessante zu Tage. — Am 11. März hielt Kollege Kurz-Regensburg einen Vortrag über: „Die Behandlung der Notationsmaschine“. In anschaulicher Weise besprach der Vortragende die Konstruktion der Notationsmaschine im allgemeinen, ihre Leistungen sowie die neuesten Verbesserungen an derselben. Durch die praktische Vorführung gewann der Vortrag natürlich sehr an Interesse und wurde auch dem Redner allgemeine Anerkennung zuteil.

Würzburg. (Außerordentliche Generalversammlung vom 18. März.) In einer sehr gut besuchten und anregend verlaufenen Versammlung besprach die hiesige Mitgliedschaft die Anträge zu dem während der Osterfeiertage hier abzuhaltenden Goutage. Der schon mehrere Goutage beschaffigende Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für Konditionslose am Orte ist auch in diesem Jahre von einer Reihe von Mitgliedschaften, darunter auch der hiesigen, wieder gestellt. In der Debatte hierüber wurde ausgeführt, daß bei den gegenwärtigen unsicheren Arbeitsverhältnissen auch sehr häufig verheiratete Kollegen arbeits-

los würden, und daß diese doch unmöglich mit der vom Verbands geleisteten Konditionslosenunterstützung auskommen könnten. Erklärungen wurde sich allerdings obiger Antrag, wenn die Generalversammlung hier Wandel eintreten ließe, denn eine „Zentralisation“ dieses wichtigsten Unterstützungsweiges könne nur empfohlen werden. Zustimmung fand der erste Teil des Antrages München, daß in diesem Jahre ablaufende Provisorium des Goutavorstandes in ein Definitivum umzuwandeln; verworfen wurde der zweite Teil des Antrages, eine „gerechtere“ Verteilung der Verwaltungskosten herbeizuführen. Der von Regensburg eingebrachte Antrag, die Kosten des allgemeinen deutschen Maschinenmeisterkongresses auf die Verbandskasse zu übernehmen, wurde angenommen; eine nicht unwesentliche Opposition erblickte hierin allerdings eine unnütze Begünstigung der schon mehr wie zum Ueberflusse unterstützten „Sparten“-Vereinigungen. Zur Generalversammlung des Verbandes wurden von hier keine bestimmten Anträge gestellt, eine Unterstützung der eine mäßige Erhöhung des Sterbegebels bestimmenden Anträge aber gut geheißen. Bezüglich der Umzugskosten stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, keinen Unterschied zwischen „freiwillig“ und „gezwungen“ bestehen zu lassen. Eine Reihe wichtiger örtlicher Angelegenheiten (Regelung der Unterstützungsätze usw.) wurden hierauf noch erledigt.

Hundschau.

Die Unterstützungsaktion für die Ruhrbergleute hat, wie ja vorauszu sehen, auch die Solidarität der Buchdrucker wieder im besten Lichte gezeigt. Doch halt, in dieser Verallgemeinerung darf nicht von den Buchdruckern gesprochen werden, sintonalen diesmal ja auch die Gutenbergsbündler proletarisches Empfinden gezeigt haben zu dem schlecht verhällten Zwecke, bei den drückenden Gewerkschaften sich eine bessere Note zu holen. Ob dies mit den zusammengebrachten 2204,11 Mk. bei 2558 Mitgliedern gelungen ist, wagen wir nicht zu behaupten; uns täuscht dieses Gesumter des Gutenbergsbundes nicht über seine wahren Tendenzen in Organisations- und Ausstandsangelegenheiten. Im nachfolgenden ist also immer nur von der Opferwilligkeit der Mitglieder unfer und des Ufab-losyngischen Verbandes beim Bergarbeiterkampfe die Rede, da wir auch die von Prinzipalen und sonstigen Mitarbeitern gespendeten Gelder in Abzug gebracht haben. Leider ist es uns aber nicht möglich, ein erschöpfendes Bild von der Gebehrndigkeit unserer Verbandsmitglieder zu geben, da von nicht weniger als 127 Druckorten die Endnummen fehlen. Bis zum 27. März haben wir mit der Zusammenfassung des umfangreichen Materials gewartet, aber von den ausstehenden Orten ging nichts mehr ein. Nach den uns mitgeteilten Endnummen und den von uns aus den fehlenden 127 Orten festgestellten einstuweiligen Bewilligungen haben die Mitglieder des Verbandes für die Ruhrbergleute die Summe von 99 309,91 Mk. aufgebracht, und zwar 46 964,97 Mk. aus Kassemitteln, 42 892,15 Mk. an freiwilligen Sammlungen und 9 152,79 Mk. an Extrabeiträgen. Unter den mit ihrem Gesamtergebnisse ausstehenden Druckorten hatten noch 18 Extrabeiträger, die übrigen fast sämtlich freiwillige Sammlungen eingeführt. Man kann sich denken, daß hierdurch das wirkliche Ergebnis ein wesentlich höheres sein würde. Außerdem wird auch wohl noch manche Mark von unseren Kollegen auf andere Listen gezeichnet bzw. bei anderer Gelegenheit gegeben worden sein, wenn auch nach dieser Richtung infolge unfer Hinweis die Ermittlungen sorgfältiger angestellt wurden. Daß trotz des beträchtlich kürzern Zeitraumes der Sammlungen für die Ruhrbergleute 75 Druckorte in unserer Liste mehr verzeichnet sind wie bei der Crimmitschauer Unterstützungsaktion, beweist ebenfalls, daß der Ruf der Bergarbeiter um Hilfe in dem Kampfe gegen das übermächtige Grubenkapital bei den Mitgliedern des Verbandes ein starkes Echo gefunden hat. Nach den Veröffentlichungen des „Reichsarbeitsblattes“ zählte unser Verband am Schluß des Jahres 1904 38219 Mitglieder, mittsin hätte — die Arbeitslosen, Reisenden, Kranken und Invaliden eingerechnet — jedes Mitglied 2,58 Mk. entrichtet. Das will heißen: die in Arbeit liegenden Mitglieder haben unter anschlagesweiser Einrechnung der aus 127 Druckorten fehlenden Endnummen mindestens 3 Mk. pro Kopf für die Ruhrbergleute aufgebracht! Nehmen wir aber den vollen Mitgliederbestand, jedoch nur die nachweisbaren 2,58 Mk. pro Mitglied an, so würde dies Verhältniss auf die Gesamtheit der organisierten deutschen Arbeiter übertragen (deren Zahl zu Ende 1904 nicht unter 1550000 gewesen sein wird), eine Summe von rund 4 Millionen Mark ergeben, die zusammen gekommen wären, wenn die organisierten Arbeiter aller gewerkschaftlichen Richtungen — bekanntlich ist ja der Bergarbeiterkampf von allen Gruppierungen mehr oder weniger unterstützt worden — in derselben Weise wie die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ihre Solidarität den kämpfenden Ruhrbergleuten bekundet hätten. Wenn wir diesmal von einer nochmaligen Aufführung der einzelnen Mitgliedschaften mit den Gesamtleistungen absehen, so geschieht dies einmal der vielen fehlenden Orte wegen, dann aber auch, um nicht durch Vorführung hoher Ziffern eine falsche Auffassung von der Opferbereitschaft der Mitglieder an den einzelnen Orten zu erwecken. Auf Grund unserer Feststellungen können wir nämlich konstatieren, daß sich prozentualer die Beträge der Kollegen in den

kleineren Orten neben denen der Großstädte sehr wohl sehen lassen können, von etlichen Ausnahmen natürlich abgesehen. Wir kennen auch Fälle genug, wo Kranke, Invaliden, Arbeitslose und Reisende noch von ihren Unterstützungen für die Ruhrbergleute gegeben haben. Mit Gewißheit können wir zwar darauf rechnen, daß diese Art der Zusammenstellung in vielen Orten nichts weniger wie freudig aufgenommen werden wird, aber diese Kollegenkreise sollten bedenken, daß wir Buchdrucker nicht prunken wollen mit dem, was wir getan, sondern nur nackte Tatsachen feststellen wollen, gegen welche gegebenenfalls nicht angefeindet werden kann.

Bei der Gehilfenprüfung in Stendal wurde von zehn Prüflingen (Sehern) acht das Zeugnis „Genügend“, zwei das Zeugnis „Gut“ zuerkannt. Wegen das Vorjahr bedeutet dies Resultat keinen Fortschritt im praktischen und theoretischen Wissen und Können.

Zum Schluß reizt wieder einmal eine Bekanntmachung der Handwerkskammer zu Harburg. Danach haben sich die Buchdruckerzünfte in den Regierungsbezirken Bineburg und Stade bei einem Vätermeister zur Prüfung anzumelden, der über die zu unserm Gewerbe nötigen Erfordernisse natürlich außerordentlich orientiert ist.

Ein Schunderzeugnis der aller schlimmsten Art sind die Mitgliedsbücher des neugegründeten Deutschen Schirmmaderverbandes, Sitz in Düsseldorf. Dieselben umfassen nur acht Seiten; der Inhalt verteilt sich folgendermaßen: Titel, drei Seiten Statut und vier Seiten tabellarischer Satz. Schon manches Puschwerk hat man in Händen gehabt, aber so etwas sieht man doch nicht alle Tage. Die Haare sträuben sich förmlich, wenn man in diesem Underzeugnisse liest. Es gibt beinahe keine Zeile, in der sich nicht technische oder orthographische Fehler vorfinden. Und erst das herrliche Deutsch! Hier nur ein paar Proben davon: „Reiseunterstützungen wird nach 6 Monatsliche Mitgliedschaft gewährt und zwar für 30 Tage 50 Pfg., darf aber die Höhe usw.“. Oder wie der nachstehende Satz: „§ 6. Der Wöchentliche Beitrag beträgt 25 Pfg. pro Woche und wird auch wie das Eintrittsgeld durch Marke ins Mitgliedsbuch quittiert.“ In der fetten Ueberchrift eines Absatzes heißt es: „VI Austritt Ausschluß“. Das Schönste ist es aber jedenfalls, daß der Name des Verbandes nicht einmal richtig angegeben ist. Anstatt Schirmmaderverband heißt es regelmäßig Schirmmaderverband. Ja, sogar die Trennung Schirmmaderverband kommt im Satz vor! Im kompressen Teile des Statutes (drei Seiten) zählt man 130, ja und schreibt hundert- und dreißig Fehler! Wie der tabellarische Teil zusammengestellt ist, wird man sich nach dieser Schilderung vorstellen können. Diese Mitgliedsbücher sind in einer Düsseldorf Buchdruckerei hergestellt, deren Name leider noch nicht in Erfahrung gebracht werden konnte. Lebhaft zu bedauern ist es jedenfalls, wenn ein derartiger Musterentwurf mit Aufträgen von einer Arbeiterorganisation unterstützt wird. Vielleicht hört man über diese neue Organisation, deren Kourleur uns übrigens nicht bekannt ist, auch bald einmal etwas diesem Statute gleichwertiges.

Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum begeht am 1. April der Oberfaktor Rudolf Wilsner der Norddeutschen Buchdrucker in Berlin. Derselbe ist vor vierzig Jahren in genannte Buchdruckerei eingetreten und bekleidet seit 24 Jahren seine jetzige Stellung. Außer dem Jubilare kann auch am 18. April der Kollege Maximilian Jäger auf eine vierzigjährige Tätigkeit in der Norddeutschen Buchdruckerei zurückblicken.

Das Internationale Patentbureau von Heimann & Co. in Döppeln berichtet von einer Patenterteilung: Herr Eduard Große in Heidenau bei Bina wurde unter Nr. 158622 eine „Ziegelbrude- und Prägepresse mit der Ziegel durch Zugstangen bewegender, schwingender Kurbelwelle“ patentiert. Diese Ziegelbrude- und Prägepresse, deren Kurbeln in der Druckstellung des Ziegels in oder nahe der Totpunktstellung sich befinden, und von einer zweiten als Hauptantriebswelle dienenden Kurbelwelle unter Zwischenhaltung von Hebel und Center in Schwingung versetzt werden, ist dadurch gekennzeichnet, daß die einen Antriebshebel bildenden Hebel und Center in der Druckstellung des Ziegels eine gestreckte Lage einnehmen.

Der Direktor Schube in Wien (früher Oberfaktor der Firma Julius Plinkhardt in Leipzig und jetzt Leiter deren Filiale in Wien) scheint nach unserm österr. reichischen Bruderorgane mit Eifer bebadt zu sein, sich das Vertrauen und die Anerkennung der Kollegen des von ihm geleiteten Geschäftes zu erworm. „Der Herr Direktor Schube — schreibt der „Vorwärts“ — hat sich ein eignes System zurechtgelegt, um die Arbeiter möglichst billig zu Heiß und Arbeitslust anzuspornen. Als feilschendes Mittel wird da die Lohnzulage als der zu erzielende Preis gezeigt. Da jagen und hasten die armen Opfer, um endlich diese herrliche Frucht pflücken zu können. Der eine oder andre erreicht dann endlich nach übermäßiger Anstrengung das ersehnte Ziel, die Anerkennung seines Fleißes durch den Herrn Direktor — eine Aufbesserung — manchmal wohl nur eine von fünfzig Heller pro Woche — ist dann der wohlverdiente Lohn des unendlichen Fleißes eines Metteurs oder Seherleins. Aber wehe! Der Kampf ist dann noch nicht zu Ende. Der Glückliche muß dann noch weiter schinden, um das Erreichte zu erhalten, damit ihm nicht das Donnerwort entgegenhallt: „Sie haben seit Ihrer Aufbesserung in Ihren Leistungen nachgelassen!“ Der Firmainhaber und

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

die Herren der Geschäftsführung sind helle Sachen, sie drücken zwar die hierherrschende Gesetze, aber deren Anwendung muß ihnen leider erst beigebracht werden. Gezeirigt muß das Arbeitslokal leider werden, aber nach Feierabend geht das wohl nicht, denn dann müßte ja das Gas sogar noch nach Feierabend bezahlt werden. Da ist es am klügsten, daß man während der Arbeitszeit austreten läßt. So können die Arbeiter den Staub, vor dem sie geschützt werden sollen, wenigstens sofort in größeren wirksameren Mengen einatmen. Als einmal der stille Ort etwas verunreinigt war, mußte sofort mit aller Energie eingeschritten werden. Die Türen wurden ausgehängt und auf den Boden gestellt, damit jeder selbst bei dieser einsamen, drangvollen Tätigkeit von dem Herrn Faktor beobachtet werden könne. Dieser schien das zu seinen geschäftlichen Obliegenheiten zu zählen; er fand die Einrichtung ganz in Ordnung, denn bei uns in Laibitz ist es auch so! Erst nach anderthalb Tagen gelang es den Bemühungen der Vertrauensmänner, diese dem Streben nach Einführung der deutschen Sittlichkeit entsprechende Anordnung wieder abzustellen. Und so können die Glücklichen bei Manz nunmehr ihre Notdurft ohne Zeugen verrichten. Dafür hat man für einige Zeit die wunderbare Anordnung getroffen, daß die Scheuerfrau bei den Klosetten sitzen und eine Frequenztafel aufnehmen mußte. — Dieser drastischen Schilderung der Person des ehemaligen Redakteurs der Leipziger „Reform“ haben wir nichts hinzuzufügen; nur bezweifeln wir, daß in einer Leipziger Druckerei, wie es Schube gesagt haben soll, die oben bezeichnete delikate Schitane geübt wird.

Wegen Verletzung des Urheberrechtes wurde der Inhaber des Warenhauses Schmoller & Co. in Frankfurt a. M. zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt. Der Beklagte drang mit seinem Einwande, in Berlin und Leipzig bekämen die Kunden von den Sortimentern 5 Proz. Rabatt, nicht durch (er selbst verkaufte mit 10 Proz. Nachlaß), weil diese Rabattbewilligungen geregelte Abmachungen mit den Verlegern wären, er aber hätte trotz Verwarnung der Verlagsfirma Union, Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, unter den festgesetzten Ladenpreisen verkauft. Das Warenhaus Wertheim in Berlin ist die einzige Firma, welche in den Buchhändlerverein aufgenommen worden ist.

Für das Zentralarbeitersekretariat in Berlin wird zum 1. Juli d. J. ein zweiter Bureaubeamter gesucht. Von dem Anzustellenden wird verlangt, daß er mit den Arbeiterversicherungsgeetzen und dem Gerichtsverfahren vor den in Betracht kommenden Instanzen genügend vertraut und in der Lage ist, schriftliche Notizen für das Reichsversicherungsamt selbstständig zu bearbeiten. Bewerber haben sich bis zum 15. April bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien) in Berlin SO 16, Engelwiler 15, zu melden. Gehalt 2400 Mk.

Im Reichstage wurde in der vergangenen Woche der Gesetzentwurf betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres — Mehrforderung von 74 Millionen Mark — in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freiwillichen Volksparteiler angenommen. Diese sogenannte kleine Militärvorlage hat als einzigen Vorteil die Abschaffung der Dekonomiehandwerker und deren Erziehung durch Zivildiensthandwerker. Ebenfalls in zweiter Lesung angenommen wurde die Vorlage betreffend Aenderung der Wehrpflicht; mit Ausnahme der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie soll die Dienstzeit allgemein nur noch zwei Jahre betragen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, auch für die Kavallerie sowie die reitende Feldartillerie die Dienstzeit auf zwei Jahre zu beschränken und die Einrichtung der Einjährig-Freiwilligen aufzugeben, wurde jedoch abgelehnt. Bei der dann folgenden Beratung des Titels 1 (Kriegsminister) des Militärretars erschollen wieder die alten, nie verstummenden Klagelieder über die Soldatenmishandlungen (wobei von dem den Reigen eröffnenden Abgeordneten Müller-Meinungen Japan als Vorbild gepriesen wurde), die geradezu barbarischen Strafen gegen Soldaten bei angeblicher Verletzung der Disziplin, die milden Beurteilungen der Gewalttätigkeiten von Vorgesetzten gegen Untergebene, den häufigen Ausschluß der Dienstpflicht, wenn es sich um Prozesse gegen Offiziere handelt, die Verabschiedung von Militärärzten (wie derjenigen aus dem Hülfsprozesse) und über andere Dinge mehr. Der Kriegsminister v. Einem rannte sich bei dem Bemühen, die Soldatenmishandlungen zu beschönigen, schon ziemlich fest, ganz und gar war dies aber der Fall, als er ein höheres Eingreifen in bezug auf Einschränkung der Dienstpflicht in militärischen Prozessen sowie ferner das Vorkommen von Verabschiedungen von Militärärzten in Abrede stellen wollte. Weniger gesagt, wäre hier besser gewesen. Die ebenfalls vorgebrachten Klagen der Zivilmilitär über die unbedingte Konkurrenz der Militärkapellen entzangen zwar dem Kriegsminister den Stoffseufzer, daß diese Angelegenheit ihm schon eine ganze Masse Kerger bereitet habe, sonst aber wußte er nichts

geschickteres zu jagen als mit umschreibenden Worten, daß alles beim alten bleibe.

Die laufende parlamentarische Woche wird insofern interessanter werden, als im preussischen Landtage die Beratung der neuen Berggesetznovellen begonnen hat. Ministerpräsident Bülow, welcher diese Verhandlungen am 27. März persönlich einleitete, beschäftigte sich lediglich mit der zweiten, die Regelung der Arbeitsverhältnisse betreffenden Novelle. Bülow sprach seine Anerkennung über die Haltung der Bergarbeiter während des Streiks aus, fand es verständlich, daß die Forderungen nicht mit den Kontraktbrüchigen verhandeln wollen, hielt diese Weigerung aber für unzulässig, als die Regierung eine Einigung anzustreben sich anschickte. Die Vorwürfe des Bergbauvereins, durch das Vorgehen der Regierung sei die Sozialdemokratie wieder gestärkt worden, wäre unzutreffend. „Enttäuschen Sie die Arbeiter in ihrem Vertrauen nicht; wenn Sie uns heute folgen, so tun sie etwas gegen die Sozialdemokratie und für die Monarchie.“ Handelsminister Möller eröffnete seine Ausführungen mit einem gewaltigen Schnitzer; er meinte nämlich, die Vorlage bringe nichts Neues, es sei die Antwort auf Fragen, die seit mehr als 20 Jahren ventiliert würden. Damit ist gesagt, daß die preussische Regierung um 21 Jahre nachhumpelt; ein gewiß eigenartiges Lob aus einem Ministermunde. Die befruchtete Frage sei die der Arbeitersauschüsse. Wo diese Institutionen bislang schon bestanden, hätten sie gut gewirkt; die Furcht vor den Agitatoren sei übertrieben. Als Möller beruhigend hinzufügte: „die Regelung, die wir hier wünschen, soll kein Präjudiz für andere Industrien sein“, erhob sich Lärm. Man traut also im Dreiklassenparlamente augenscheinlich selbst einem Möller nicht mehr. Nun das wäre gut — wenn dem so wäre! Die Beseitigung des Wagners Nullens bezeichnete Möller als den sententioussten Punkt der Vorlage. Hier solle einer berechtigten Forderung nachgegeben werden, denn anerkannte Leberfänge solle man befeitigen. Vor Tische, d. h. bei Ausbruch des Generalstreiks, las man es bekanntlich anders in den Reden des Herrn Möller. Aus den Ausführungen der Abgeordneten Schiffer (natl.), Dirsch (fr. Rp.) und Spahn (Zentr.) war zu entnehmen, daß die Vorlage nicht scheitern wird; wie sie aus der Kommissionsberatung hervorgeht, ist natürlich eine Frage für sich. Bülow entbedte in seinem Schlussworte auf einmal auch sein Herz für die christlichen Gewerkschaften, welche, wie erinnerlich, in der großen Reichstagsdebatte über den Bergarbeiterkampf noch schlecht genug bei ihm weggekommen waren; er meinte nämlich, die Bestrebungen der Sozialdemokraten, die christlichen Gewerkschaften aufzufangen, erschweren die Absichten der Regierung. Der arme, bedrückte Bülow, nun auch noch die Sorge um die christlichen Gewerkschaften! Gegen den Vorwurf der Schwäche nahm er die Regierung energisch in Schutz; der Streit wäre aber nicht so ruhig verlaufen, wenn er nach einem andern Rezept behandelt worden wäre. Diese gewiß ganz vernünftige Haltung der Regierung ist ja aber eben nicht nach dem Gusto der Scharfmacher. Hat doch an demselben Tage der Präsident des Herrenhauses der Regierung unter Beifall des Hauses sein Mißfallen bekundet, daß die Berggesetznovellen zuerst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt seien. O du lieber Himmel, wenn die Herrenhäuser die Priorität hierbei gehabt hätten! Die Beratung wird fortgesetzt.

In Leipzig droht ein allgemeiner Ausstand der Lithographen und Stein drucker. Die Bestrebungen von Gehilfen nach Schaffung eines Tarifes sind bis jetzt ohne Erfolg gewesen. Wegen verschiedener Differenzpunkte ist es bei einzelnen Firmen (Liebig & Künze, Kluge) bereits zu Ausständen gekommen, die Prinzipalität soll jetzt in bezug auf die Tariffrage eine direkt ablehnende Haltung beobachten. Eine von 1500 Personen besuchte Versammlung beschloß daher, den Unternehmern die Forderung auf Arbeitszeitverkürzung (acht Stunden für Lithographen, neun Stunden für Stein drucker), sowie solche auf Lohn und Lohnzahlung, Ueberzeitarbeit und Befreiungswesen usw. bezüglich zu unterbreiten, und bei bis zum 30. März ausbleibender Niederlegung der Prinzipale allgemein die Kündigung einzureiden. Ausständig sind in Leipzig zurzeit: 900 Schneider, 300 Tapezierer, 50 Kürschner und 50 Landschaftsgärtner. — In Elberfeld-Warmen sind die Maler- und Anstreichergehilfen in den Streit getreten, 50 Pf. Mindeststundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit im Sommer fordernd; im Winter verbleibt die Arbeitszeit der Vereinbarung. In Leonberg streiten die Schuhmacher. — Die Schneider sind wegen Ablehnung ihrer Forderungen auch in Sangerhausen in den Ausstand getreten. — In Sackenheim sind die Maurer ausständig. — In Hamburg droht ein allgemeiner Streik der Bäcker. — In Stuttgart haben 700 sogenannte Scherwurzwerker zum Mittel des Ausstandes gegriffen, weil die Fuhrunternehmer die aufgestellten Forderungen (elfstündige Arbeitszeit und 20 bzw. 22 Mk. Minimallohn) nicht einmal in Erwägung gezogen haben.

Buchbinder und Albumarbeiter werden als Arbeitswillige nach Stockholm gesucht. Es ist dort ein größerer partieller Streik ausgebrochen, der noch größere Dimensionen annehmen kann, da der seit 1899 bestehende Tarif von den Gehilfen gekündigt wurde. Die Streikbrecher werden hofentlich aus Deutschland unverrichteter Dinge zurückkehren. — Die Pariser Wagenbauer usw. haben die Mehrzahl ihrer Forderungen durchgesetzt, die Arbeit ist daher wieder aufgenommen worden. — Der Ausstand der Wiener Tischler nimmt seinen Fortgang; die Einigungsverhandlungen sind nämlich gescheitert, trotzdem die Arbeiter weitestens Entgegenkommen bewiesen.

Briefkasten.

E. W. in Ahrensburg: Von solchen „Subtilien“ nehmen wir im „Corr.“ keine Notiz. — H. M. in Leipzig: Lassen Sie uns doch um Gotteswillen mit dem Geschwaef von dem „Schriftgießereireisen“ in Ruhe. Das Zeug ist ja so unjagbar dumm, daß man nicht weiß, wen man am meisten bedauern soll: den, der es aufgebracht, die, welche es verbreitet haben, oder den, der es für notwendig hält, eine solche „Kampfsweise“ vor dem Forum der Öffentlichkeit bekant zu geben. Wenn das auch eine Probe von dem neuen Geiste ist, der in Leipzig eingezogen sein soll, dann kann ja bald Viktoria geschossen werden. Denken Sie an das Sprichwort: Es ist nichts so dumm, es findet doch sein Publikum! — A. B. in Birna: 3,55 Mk. — H. in Flensburg: 5,50 Mk. Gruß! — M. 100: Ja, glauben Sie denn, Ihr Artikel ist der einzige, der seit vierzehn Tagen bei uns eingegangen? Wird demnächst veröffentlicht, zumal wir den Papierkorb abgeschafft haben.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betroffenen die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für: Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speichergasse 29; Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1. Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro; Elsass-Lothringen: A. Schmall, Strassburg, Langestrasse 146. Oesterreich: F. Reifmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25. Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-ter 3. Preßburg: K. Ph. Kovarik, Preßburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“. Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58. Fiume: Fabbioni Vittorio, Fiume (Littorale ungarico), Via Ciotta 20. Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Milizagasse 3. Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei. Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Muncel). Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“. Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15. Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20. Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstrasse. Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6. Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60. Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrogade 12. Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20. Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22A. Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einendung der Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im ersten Quartale 1905: 8. April, pünktlich einzufahren, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. — Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden

waren, ist trotzdem die Mitgliederzahl anzugeben, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.
Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. Die Wahl des Vorstandes für 1905/6 ergab folgendes Resultat: Eingegangen waren 1419 Stimmzettel, davon ungültig 12. Gewählt wurden zum ersten Vorsitzenden W. Dreier mit 1255 Stimmen, Nonnewitz erhielt 130; zum zweiten Vorsitzenden G. Waberstky mit 1127 Stimmen, Wellmann 261; zum ersten Schriftführer R. Planke mit 940 Stimmen, Franz Weiss 450; zum zweiten Schriftführer Emil Zimmermann mit 975 Stimmen, Hornig 420; zu Revisoren H. Fahrmarkt mit 958 und Hane-wader mit 730 Stimmen, P. Köppler 579 und A. Gauer 482; zu Bibliothekaren Stolzenburg mit 938 und Lauer mit 738 Stimmen, W. Gade 582 und J. Gotz 478 Stimmen.

Drehwerken. Infolge Ablebens unsers Gausvorstehers Heinrich Köhler sind sämtliche Briefe usw. an den Kollegen M. Wittenberg, Königsberg, Königsstr. 93, Wfs., A. VI, zu richten.

Bezirk Nahe. Die Wohnung des Bezirkskassierers befindet sich vom 31. März ab: Roermonderstr. 14.

Bezirk Erfurt. Die Wohnung des Kassierers E. Sonnenstädt befindet sich vom 1. April ab Lützowstr. 2.

Bezirk Münster. Die Druckerei von E. Böhm in Dülmen i. W. ist für Verbandsmitglieder gesperrt.

Donauwörth. Die Adresse des Vertrauensmannes lautet ab 1. April: M. Reindl, Reichstraße 178.

Halberstadt. Der Seher Karl Stahr aus Schafstede (Hauptstr. 13801), angeblich in Wilsdorf in Kon-dition, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen an den Kassierer A. Kotte, Feldstraße 5, nachzukommen, widrigenfalls Ansuchen zu beantragen wird.

Weins. (Maschinenfabrikverein.) Die Adresse des Vorsitzenden lautet von jetzt ab: Karl Weyrich, Frauenlobstr. 29.

Stuttgart. Für das Mitglied Franz Schenk aus Alt-Weiskirch liegt beim Gantassierer Karl Rnie, Jakobstr. 16, p., ein Brief betr. Konditionsangebot.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Annaberg 1. der Seher Hugo Mey, geb. in Hermannsdorf 1884, ausgl. in Ehrenfriedersdorf 1903; 2. der Schweizer Max Schwammkrug, geb. in Schlettau 1886, ausgl. in Buchholz 1905; 3. der Seher Max Bergelt, geb. in Sehma 1884, ausgl. in Buchholz 1903; waren noch nicht Mitglieder. — In Chemnitz die Seher 1. Bruno Post, geb. in Stollberg i. Erzgeb. 1874, ausgl. daf. 1892; 2. Ernst Albert Hoffmann, geb. in Pähnichen 1885, ausgl. daf. 1903; 3. der Bruder Einar Hartwig, geb. in Chemnitz 1869, ausgl. daf. 1888; waren noch nicht Mitglieder. — In Frankenberg der Seher Hugo Artur Saupe, geb. in Neu-Obstau 1868, ausgl. in Glashütte 1887; war schon Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.

In Augsburg der Seher August Preßl, geb. in Leisbach 1887, ausgl. in Dingolfing 1903; war noch nicht Mitglied. — In Bamberg der Bruder Heinrich Nügel, geb. in Schönsfeld 1883, ausgl. in Bamberg 1900; war noch nicht Mitglied. — In Juggolstadt der Seher Hans Huber, geb. in Nürnberg 1877, ausgl. in Juggolstadt 1895; war schon Mitglied. — Jof. Seitz in Münden, Auenstraße 22, I.

In Bremen die Seher 1. Hermann Müller, geb. in Bremen 1881, ausgl. daf. 1900; 2. Heinrich Dunter, geb. in Bremen 1880, ausgl. daf. 1899; waren schon Mitglieder. — J. Dietsch, Westerdeich 32.

In Güstrow der Korrektor Paul Thießen, geb. Wernemünde 1880, ausgl. in Krivitz 1900; war schon Mitglied. — R. Wolz in Schwerin i. M., Bergstraße 7.

In Offenbach a. M. 1. der Seher Gust. Hülfen-busch, geb. 1885, ausgl. 1903; 2. der Graveur Max Schijfner, geb. 1876, ausgl. 1894; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 3. August Scheidt, geb. 1876, ausgl. 1896; 4. Franz Kreher, geb. 1882, ausgl. 1899;

waren schon Mitglieder. — Otto Schülze, Biebererstraße 69.

In St. Ingbert (Pfalz) der Seher Gustav Pestel, geb. in Weßelburen bei Hamburg 1878, ausgl. daf. 1896; war schon Mitglied. — In Sulzbach (Saar) der Seher Paul Hemp, geb. in Metz 1881, ausgl. in Biren (Weßfalen) 1899; war noch nicht Mitglied. — C. Madenach in Saarbrücken, Gärtnerstraße 23.

In Trier der Seher Paul Dronz, geb. in Kreuzburg (S.-Schl.) 1883, ausgl. daf. 1900; war schon Mitglied. — Nikolaus Herrig, Kapellenstraße 26.

Arbeitslose unterstützung.

Hauptverwaltung. Mit dem 1. April wird die Zahlstelle Stolz i. Pom. aufgehoben und dafür in Kößlin eine neue Zahlstelle eröffnet. Als Verwalter fungiert Herr Hermann Bester, Große Baustraße 1.

Zu bezahlen sind auf der Zahlstelle Kößlin für die Tour von Bromberg nach Kößlin . . . 12 Tage
" " " " Danzig " " " " 9 " " " " " Graudenz " " " " 13 " " " " " Stettin " " " " 8 "

"Infolge dieser Aenderung" sind "im Tourenverzeichnis die bei der Zahlstelle Stolz angegebenen Touren sämtlich zu streichen, ebenso bei den Zahlstellen Bromberg, Danzig, Graudenz und Stettin die Touren von Stolz, an deren Stelle die oben angegebenen Touren einzuschalten sind.

Glogau. Für den auf der Reise sich befindlichen Seher Wilh. Müller aus Berlin liegt ein Brief des Bezirkskommandos II Berlin. M. wird erjucht, seine Adresse an den Reiseassistenten F. Döfzig, Laubenstraße 11, gelangen zu lassen, damit ihm derselbe zugestellt werden kann.

Koblenz. Die Auszahlung für Durchreisende, Nichtbezugsberechtigte und Ausgelooste erfolgt vom 1. April ab beim Reiseassistenten Jof. Dietl, Nagelsgasse 31, I (nicht mehr Louisenstraße 3).

Speier. Die durchreisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Herberge für organisierte Arbeiter in der „Frühlichkeit“ und nicht im „Roten Löwen“ befindet.

Ohne Konkurrenz am Orte!

Buchdruckerei
mit Tageslohn für 5000 Mt. verkäuflich. An-zahlung 3000 Mt. Näheres [851]
Buchdruckerei Stühlerbad i. Ch.

Intelligenter und freibarer
Maschinenmeister
der Erfahrung im Autotypie- und Farben-drucke hat, zu sofortigem Eintritte gesucht. Werte Offerten mit Altersangabe erb. unter L. J. 3859 an Rudolf Hoffe, Leipzig. [849]

Stempelschneider gesucht!

Eine große Leipziger Schriftgießerei sucht für sofort einen tüchtigen ersten Stempel-schneider, dem selbständiges, künstlerisches Empfinden eigen ist. Nur wirklich tüchtige Herren wollen unter Angabe ihrer Gehaltsfor-derung ihre Dienste einreichen unter Nr. 852 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Sehen Sie sich
sofort mit mir in Verbindung und besorgen Sie eine der sehr be-siechten u. tabel-los gegebener
Schwarzwälder
Jockele-Uhren.
Schönste Zierde jedes Zimmers.
Keine Ramschware, nur solide Arbeit. — Ein Jahr Garantie.
Preis pro 175 inkl. Versp., Stück Mt. 12, oft. Porto, bei 10 Stück portofrei.



Albert Walthauer, Forzheim
Genossenschaftstraße 79. [819]

Neuauslernenden Kollegen besonders zu empfehlen:
Anhang zum Parise
von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8
Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 2 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 20 St. 10 Pf. beifügen.

Typographia — Gesangverein —
Berliner Buchdrucker
und Schriftgiesser.
Gegr. 1879. * Chormelster: Alexander Weinbaum. * Gegr. 1879.
Sonntag den 9. April im Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide:
LIEDERABEND
Mitwirkende: Fr. Roxy King (Sopran) vom Theater des Westens.
Herr Alfred Wittenberg (Violine).
— Anfang 7 Uhr. — Eintritt 50 Pf. — Kinder 20 Pf. —
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.
— Nach dem Konzert: Tanz. —
Eintrittskarten à 40 Pf. sind im Vereinsbureau, bei den Vereinsboten, in den „Arminhallen“ sowie bei den aktiven Mitgliedern zu haben.
Der Vorstand. [814]

Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten
für die Lehrlings- und Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet, nebst einer Ordnung für die Gehilfenprüfungen. Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen Buchdruckervereins. Serie I: Der Schriftsetzer. Serie II: Der Drucker. Jeder Band gebunden 2,50 Mk. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Technikums für Buchdrucker in Leipzig, Senefelderstrasse 17/17. [820]

Aschersleben. Sonnabend den 1. April im Vereinslokale: **Veranstaltung.** D. V. [845]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein
Sitz Berlin.
Sonntag, 2. April, vormittags 10 Uhr, im Saal III des Gewerkschaftshauses, Engel-sufer 15:
— Monatsversammlung. —
S. D.: 1. Berichtsmitteilungen; 2. Neuauf-nahmen; 3. Technisches; 4. Beschiedenes. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet
Der Vorstand. [844]

Darmstadt. Samstag, 1. April, abds. präzis 9 Uhr, im „Perle“, Hegauerstraße:
— Mitgliederversammlung. —
Tagesordnung: 1. Protokollprüfung; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wahl der Delegierten zum Gantage; 4. Beschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erjucht
Der Vorstand. [846]

Dresden Masch.-Verein Dresden
Sonntag den 2. April, vormittags 11 Uhr: Monatsversammlung
im Vereinslokale. [840]
Um zahlreiches Erscheinen erjucht D. V.

Maschinenfabrikvereinigung Gau Dresden.
Sonntag den 2. April, vorm. 1/11 Uhr: Monatsversammlung im Adams Restaurant. [850]

Offen meinen lieben Freunden und Kollegen, welche mich anlässlich meines Geburtstages sowie auch zu meiner glückl. verlaufenen Operation die herzlichsten Glückwünsche nach der Rühm sandten, spreche ich hierdurch meinen aufrichtigsten Dank aus. [847]
Berlin, 25. März 1905. Philipp Schmitt.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 45
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Kommentar zum Minimal-Druckpreis-Zarif. Mit etwa 130 in Sab, Druck, Papier und Buchbinderarbeit genau nach dem Tarif ausgeführten Brudarbeiten. Zu festem, eleg. Leinwandbaste. 20 Mt.
Der Faktor. Sitzbuch für Faktoren. Geb. 4 Mt. Durch Kampf zum Sieg. Männerchor von Benzoni. 20 Pf.

Der Berufskrankheit erlegen ist unser lieber Kollege
Paul Dürrwald
aus Kirchhain (N.-L.) im noch nicht vollendeten 30. Lebensjahre.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Pirna, den 26. März 1905. [853]
Die Mitgliedschaft Pirna.

Nachruf!
Am 23. März, abends 8 1/4 Uhr, entschlief sanft im 32. Lebensjahre unser verehrter Freund und Kollege, der
Gau- und Ortsvorsteher
Heinrich Köhler.
Der Verstorbene gehörte seit sechs Jahren dem Gau- und Ortsvorstande an. Vor zwei Jahren übertrug ihm unser Gau das höchste Ehrenamt, indem ihn derselbe zum Vorsitzenden wählte.
Mit seltener Pflichttreue und Hingabe hat er das in ihn gesetzte Vertrauen bis zum letzten Tage seines Lebens in jeder Weise gerechtfertigt.
Wir verlieren in dem Entschlafenen einen Kollegen, welcher die Interessen des Verbandes seinen eignen voranstellte.
Jederzeit werden wir ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.
Königsberg, den 24. März 1905. [848]
Der Vorstand des Gaus Ostpreussen. Der Vorstand des Ortsvereins Königsberg.
I. A.: M. Wittenberg. I. A.: H. Kleinowski.